

HAJDU LAJOS

II. JÓZSEF IGAZGATÁSI REFORMJAI MAGYARORSZÁGON

(DIE VERWALTUNGSREFORMEN VON JOSEF II. IN UNGARN)

(Akadémiai Kiadó, Budapest, 1982)

Seit der Entstehung des modernen politischen Staates und der modernen bürokratischen Organisation, also seit etwa zwei Jahrhunderten ist die „Rationalisierung der Verwaltung“ jeweils ein populäres politisches Programm und gleichzeitig eine unpopuläre politische Aufgabe gewesen. Es ist ein populäres politisches Programm, bzw. oft nur eine politische Losung, weil die Verwaltung die Staatsbürger „von der Wiege bis zum Grabe“ berührt; weil die Verwaltung für die Staatsbürger „die wirkende Staatsgewalt“ bedeutet; und der Staatsapparat kann, während er die Zielsetzungen der Staatspolitik verwirklicht (oder eben nicht verwirklicht), besonders wenn er langsam, kompliziert und teuer funktioniert, sehr viele (wirkliche oder virtuelle) Interessen verletzen, und dadurch kann er die öffentliche Stimmung in grossem Masse beeinflussen. Es ist aber gleichzeitig eine sehr unpopuläre politische Aufgabe, weil die Rationalisierung oft nicht nur zur Beseitigung der wirklichen Mangelhaftigkeiten der Verwaltung dient, sondern weil sie oft nur als die Hülle des Machtkampfs innerhalb des Apparats erscheint; die Rationalisierung hat also als wirkliches Ziel nicht (oder nicht nur) die Verbesserung der Mangelhaftigkeiten, sondern auch die Neuverteilung der Machtpositionen; und sie kann dadurch die Labilität und das Misstrauen innerhalb der Verwaltung vergrössern; letzten Endes auch die Stabilität der Staatsmacht gefährden. Darum macht diese Doppelsichtigkeit für den Forscher der Verwaltungsgeschichte ziemlich kompliziert, die Ursachen und die Wirkungen einer Verwaltungsreform zu analysieren die wirkliche und auch für die Gegenwart lehrreiche Bedeutung zu bewerten.

Zu einer besonders komplizierten Aufgabe hat sich Lajos Hajdu entschlossen, als er die Verwaltungspolitik und die Verwaltungsreformen von Josef II. in Ungarn analysiert und bewertet hat. Er hat nämlich so einen konkreten Fall der Rationalisierung der Verwaltung ausgewählt, so eine historische Situation und so eine historische Persönlichkeit, worüber und über wen sich in der öffentlichen Meinung und in der Wissenschaft die gegensätzlichsten (und sehr oft zu vereinfachten) Meinungen stattfinden. Die schwarz-weiße Formel ist ziemlich einfach, sich ändern höchstens die

Vorzeichen. Die eine extreme Formel bedeutet Germanisation, Zentralisation und Uniformisierung auf der einen, und die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und letzten Endes die des nationalen Seins. Die andere extreme Formel operiert mit der Aufklärung und mit der Modernisation auf der einen, und mit dem Klassenegoismus, bzw. mit der feudalen Reaktion auf der anderen Seite. Lajos Hajdu hat also zwei Aufgaben gehabt; einerseits sollte er auf den oben erwähnten allgemeinen Gegensatz der Rationalisierung der Verwaltung (namentlich auf den Gegensatz zwischen der Rationalisierung der Verwaltungsarbeit und der Neuverteilung der Machtpositionen), andererseits auf den besonderen Gegensatz des aufgeklärten Absolutismus (nämlich auf den Gegensatz zwischen dem bürgerlichen Fortschritt und der nationalen Unabhängigkeit), welche sich übrigens in der ost-mitteleuropäischen Region (um einen modischen Ausdruck zu verwenden) fast unlösbar verflochten haben, eine Antwort geben.

Der erste Themenkreis der Monographie beschäftigt sich mit der Analyse und mit der Kritik der Verwaltung der Komitate, der Gemeinden und der Marktflecken im 18. Jahrhundert, also vor den josephinischen Reformen. Den Schwerpunkt der Untersuchung bildet — den historischen Realitäten entsprechend — die Analyse der Organisation und der Funktion des in der Verwaltung und in der Ausübung der Staatsgewalt überhaupt die Schlüsselposition erfüllenden „löblichen“ Komitats. Die augenfälligste Spezialität (und gleichzeitig Mangelhaftigkeit) der Verwaltung der Komitate — und die der feudalen Verwaltung überhaupt — ist deren „Empirismus“ gewesen. Das hat zunächst schwierige Missverhältnisse angesichts der Grösse des Territoriums, der Zahl der Bevölkerung, der Last der Angaben, bzw. der Zahl und des Typs der Gemeinden verursacht. Das zweite Problem ist gewesen, dass der Komitat eigentlich nur ein einziges Organ gehabt hat, nämlich die sogenannte *congregatio generalis*, welche, Entscheidungen zu beschliessen, berechtigt gewesen ist; die also mit Aufgaben (ganz gleichgültig, ob wichtiger oder unwichtiger Natur) überfüllt gewesen ist. Das dritte Problem ist als eine komplizierte Heterogenität des Beamtenkörpers der Komitate angesichts der Zahl, der Gehälter, bzw. der Aufgaben erschienen. Lajos Hajdu beweist überzeugend, dass im 18. Jahrhundert eine homogene Organisation der Komitate keineswegs im Fall gewesen ist. Die vierte Mangelhaftigkeit ist die sogenannte „ambulante“ Verwaltung gewesen, d.h. eine Verwaltung ohne ständigen Sitz und ohne ständiges Büro; ohne flissende Amtstätigkeit; als Nebenbeschäftigung getrieben; von den lokalen Notabilitäten existentiell abhängig.

Auch bei den Marktflecken und Gemeinden kann man mehrere Mangelhaftigkeiten bemerken. Die erste ist die Unklarheit des „Rechtsstandes“ nämlich, dass der Marktflecken oder das Gemeinde ein Bestandteil einer Grundherrschaft oder der eines Komitats. Die zweite Mangelhaftigkeit ist die sehr geringe Zahl der schreibkundigen Notare. Das dritte Problem ist die ziemlich „grosszügige“ Vermögensverwaltung der Gemeinden, und das vierte Problem ist auf einigen Teilen des Landes die Zerstreuung der Gemeinden.

Aufgrund des oben in kurzen Umrissen geschilderten „Problemkatalogs“ der Monographie scheint für uns eindeutig bewiesen zu sein, dass die objektiven Mangelhaftigkeiten der Verwaltung der Komitate, der Marktflecken und der Gemeinden, also ihr „empirischer“ Charakter, bloss aus administrativ – technischer Hinsicht, von den machtpolitischen Verhältnissen abgesehen, die Reformen, d.h. die Rationalisation gebraucht haben.

Der zweite Themenkreis der Monographie schildert die Konzeptionen und Reformen, welche die Regierungsperiode von Josef II. ab 1780 bis 1784 charakterisiert haben. Der Herrscher hat damals noch unter den Rahmen der gegebenen unter – und mittellstufigen Verwaltungsorganisation die Reformen welche teilweise noch der Konzeption des klassischen, teilweise schon der Konzeption des aufgeklärten Absolutismus entsprechend gewesen sind, zu verwirklichen. Josef II. hat für den Verwaltungsapparat neben den traditionellen Verwaltungsaufgaben (z.B. Finanzwesen, Heereswesen) auch neue Aufgaben (z.B. Gesundheitswesen, Unterrichtswesen) gestellt. Um diese neuen Aufgaben zu verwirklichen, hat man zwei Bedingungen gehabt. Die erste ist die Ausbildung eines mit ständigem Sitz und Büro versehenen, permanent tätigen, fachlich geschulten, moralisch verlässlichen, die Verwaltungsarbeit als Hauptbeschäftigung treibenden, von den lokalen Notabilitäten existentiell unabhängigen Beamtenkörpers gewesen.

Der Herrscher hat in seinen sogenannten „Hirtenbriefen“ die Anforderungen, welche er für die staatlichen Beamten gestellt hat, prinzipiell abgefasst, er hat aber auch praktische Massnahmen getroffen, unter denen die Reform des Pensionssystems, bzw. die Einführung des Qualifikationssystems zu erwähnen ist. Die zweite Bedingung ist die Reform der Geschäftsführung, d.h. die Schaffung einer schnelleren, einfacheren und billigeren Geschäftsführung gewesen. Dafür hat der Herrscher Massnahmen getroffen, welche zur Verhinderung der sabotierenden Taktik, der überflüssigen, von Josef II. als „Schreiberey“ bezeichneten Aktenherstellung und des für die Verwandten und Bekannten staatliche Positionen verschaffenden Vermehren der Zahl der Beamten gedient haben. Der Misserfolg der gemässigten Reformpolitik, bzw. deren Wirkungen, die mit den Intentionen des Herrschers im Gegensatz gestanden sind, haben den Herrscher dazu antreiben, die Verwaltungsorganisation zu reformieren. Dies hat während der schilderten Epoche auf der obersten Stufe mit der Zusammenziehung und mit der Reorganisierung der höflichen und ländlichen Dikasterien begonnen, dahinten hat sich die direkte Zielsetzung verborgen, dass – durch der Verminderung der geleiteten Organisationen – sich die Übersichtbarkeit und die Wirksamkeit der Leitung steigen sollte. Es ist aber offenbar gewesen, dass die Reform der Organisation nicht auf der obersten Stufe stehenbleiben wird, sondern wird auch das ganze „Vertikum“ der Verwaltung umgestaltet werden. Die Intensität und die Tiefe der Umgestaltung haben aber nicht nur administrative, sondern auch politische Überlegungen beeinflusst, wie z.B. die Hindernisse der erster Volkszählung, die geplante Besteuerung des ungarischen Adels, die allmähliche Verminderung der Privilegien und der Macht des Adels.

Der dritte Themenkreis der Monographie beschäftigt sich mit der Untersuchung der Zielsetzungen, der Methoden und der grundlegenden Dokumente des Kampfes zwischen dem Herrscher und der ungarischen Kanzlei um die Abschaffung der Autonomie der Komitate, bzw. die Schaffung des Systems der Kreise. Zunächst widerlegt Lajos Hajdu die Meinung, nach welcher man die Regierungsperiode von Josef II. so interpretieren kann, als ob sie die praktische Verwirklichung der im Jahre 1760 abgefassten „Träumen“ wäre. Das eine Argument ist dagegen, dass die vielen Jahre der Mitregierung in der Mentalität von Josef II. einerseits die Kristallisierung und Verstärkung seiner Zielsetzungen, andererseits die Steigerung seiner Ungeduld verursacht haben, und darum hat er während seiner Alleinregierung wenig Aufmerksamkeit auf die Allmählichkeit, auf die Auswahl des sozialen Basis und der entsprechenden Methoden gehabt. Das andere Argument bildet das politische Prinzip, demgemäss sei eine ganz andere Sache, ein Regierungssystem von aussen her zu kritisieren, als innerhalb eines Regierungssystems, unter der Verantwortung der Regierung tätig zu sein.

Das erste Dokument des Kampfes ist die im Jahre 1784 entstandenen „Gedanken“, deren origineller Text ist für Lajos Hajdu nicht zur Verfügung gestanden, den er aber rekonstruiert hat, teilweise aufgrund des als Antwort auf die „Gedanken“ ausgearbeiteten „Elaboratums“ der Kanzlei, teilweise aufgrund anderer authentischen Archivalien. In den „Gedanken“ hat der Herrscher noch eine generelle (also sich nicht auf die Verwaltung beschränkende) Reformkonzeption ausgearbeitet.

Als Antwort darauf ist in der Kanzlei (wahrscheinlich von József Ürményi und von Sándor Pászthory) das „Elaboratum“ der Kanzlei abgefasst worden. Auch das „Elaboratum“ ist ein zu den „Gedanken“ alternative Reformprogramm und gleichzeitig als Zusammenfassung der grundlegenden Konzeption der aufgeklärten josephinischen Intelligenz, dafür auch bis heute wenig Interesse gewesen ist. Das gemeinsame ist in den „Gedanken“ und in dem „Elaboratum“ die Überzeugung über die Notwendigkeit der Reformen. Der grundlegende Unterschied ist es, dass – während die „Gedanken“ nur die Mangelhaftigkeiten und Zielsetzungen klar vorsehen – das „Elaboratum“ eine Aufmerksamkeit auf die Realitäten hat, anders gesagt, das „Elaboratum“ wollte kein die Realitäten ausser Acht gelassenes Umfallen, sondern von den Realitäten ausgehend, Veränderungen, bzw. Verbesserungen. Mit modernen Kategorien könnte man es so ausdrücken, dass der Unterschied nicht strategischer, sondern taktischer Natur sei. Der erste Teil des „Elaboratums“ beschäftigt sich mit der „Verfassung“ Ungarns, schildert auch deren Nachteile und Vorteile. Der zweite Teil schildert die Reformen, die der Herrscher nur gemeinsam mit den ungarischen Ständen, der dritte diejenigen, welche der Herrscher allein verwirklichen kann. Josef II. hat sich – wahrscheinlich unter der Wirkung des Bauernaufstandes von Horia und Closca mit dem „Elaboratum“ nicht beschäftigt, sondern hat er Anfang 1785 der Kanzlei den „Entwurf“ gesendet.

Der „Entwurf“ ist, ganz anders, wie die „Gedanken“ oder das „Elaboratum“, kein generelles Reformprogramm. In der Herrscher hat sich nämlich die Überlegung verstärkt, dass die Grundbedingung seiner Reformpolitik die Umgestaltung der Verwaltung (besonders die der Komitate) sei. Darum beschäftigt sich der „Entwurf“ primär mit der Abschaffung der Autonomie der Komitate, bzw. mit der Einführung des Kreissystems. Der „Entwurf“ unterscheidet sich nicht nur in seinem Inhalt von den „Gedanken“, sondern zeigt auch die Abänderung des Verhältnisses zwischen dem Herrscher und der Kanzlei. Der Herrscher entscheidet, und die Kanzlei versucht, in einer sich allmählich verengernden Handlungsmöglichkeit manövrierend, die Entscheidungen des Herrschers den Bedingungen Ungarns, d.h. den Realitäten anzupassen. Der Unterschied in der Taktik verändert sich allmählich zu einem Gegensatz in der Strategie. Dies zeigt ausgezeichnet die Ausarbeitung der „Instruktion“ für Obergespäne, welche von Josef Brunszvik abgefasst worden ist. Dabei hat die Kanzlei in zwei Fragen eine Niederlage erlitten, und zwar in der Frage der congregaciones generales und in der Frage der Wahl der Untergespäne, und dadurch ist die Autonomie der Komitate dem Wesen nach abgeschafft worden. Der Rechtsstand der Obergespäne des Kreises hat aber eine spezielle Doppelsichtigkeit gezeigt, sie sind nämlich teilweise als Verwaltungsbehörden, teilweise als Kontrollorgane tätig gewesen, welche die direkte Fühlung zwischen den Komitaten und dem Consilium Locumtenentiale nicht stören dürfen.

Josef II. hat den einzelnen Obergespäne des Kreises spezielle Instruktionen gegeben. Lajos Hajdu beweist überzeugend, dass Josef II. weder bei der Schaffung des Kreissystems, noch bei der Ausgabe der speziellen Instruktionen eine bewusste regionale „Entwicklungspolitik“ ausgeübt hat, sondern hat er die Grenzen der Kreise mechanistisch, man könnte sagen: „mit Zirkel und Lineal“ ausgebildet; der Inhalt der speziellen Instruktionen sind im wesentlichen allgemeine Träumereien.

Die letzte Phase des Kampfes zwischen dem Herrscher und der Kanzlei, bzw. dem Consilium Locumtenentiale ist die Adoptierung der „Geschäftsordnung“ für die Erbländer in Ungarn. Die Kanzlei hat schon bei der Ausarbeitung der „Instruktion“ für Obergespäne einen Vorschlag unterbreitet um eine einheitliche Geschäftsordnung auszugeben. Der Herrscher hat damals – vor dem Zuvachs der „Schreiberey“ gefürchtet – diesen Vorschlag abgelehnt. Danach haben die einzelnen Obergespäne des Kreises nach freiem Ermessen „Instruktionen“ für Untergespäne ausgegeben, welche – statt der Einheit der Geschäftsführung – lieber die noch grössere Heterogenität der Geschäftsführung verursacht haben. Dann hat Josef II. – seine frühere Entscheidung abgeändert – die Kanzlei die Ausarbeitung einer einheitlichen Geschäftsordnung angewiesen. Das hat Sándor Pászthory gefertigt, aber der Herrscher hat den Vorschlag abgelehnt. Danach hat Josef II. im Jahre 1786 drei Geschäftsordnungspatente ausgegeben; über die Funktion, die Zahl, den Gehalt der Beamten der Komitate; über die Beschleunigung der Geschäftsführung bzw. über den Erkenntnis der kaiserlichen Patente. Im Jahre 1787 hat er die Kanzlei angewiesen,

um die „Geschäftsordnung“ für die Erbländer auch in Ungarn in Kraft zu setzen.

Dass während eines knappen Jahres vier Geschäftsordnungen ausgegeben worden sind, ist eine charakteristische Erscheinung, und man kann davon mehrere Konsequenzen ziehen. Die erste Lehre ist davon die Methode des josephinischen Strebens um die Einheitlichung des Rechtes. Der Herrscher hat zunächst für die Erbländer (ausnahmsweise für Ungarn) einen Patent ausgegeben, welche bald auch in den anderen Ländern in Kraft gesetzt worden sind; die unterschiedlichen gesellschaftlichen, ökonomischen, politischen und kulturellen Bedingungen ausser Acht geblieben sind; und dies hat in der Praxis viele Probleme und Konflikte verursacht, und das Ergebnis ist eine Unsicherheit gewesen. Der Herrscher hat aber seine Entscheidungen nicht nur doktrinar beschliessen, er hat auch mehrmals improvisiert. Ohne gründliche Überlegung hat ein Patent oft einen ergänzenden Patent gebraucht, einem Patent haben die anderen gefolgt; eine Reform ist noch nicht durchgeführt, ihre Wirkungen sind noch nicht abschätzbar gewesen, und doch ist schon eine andere Reform gekommen. Diese Menge der Patente und der Reformen hat die Reformtätigkeit selbst diskreditiert, das Vertrauen in der Regierung hat sich vermindert. Letzlich ist, weil der Herrscher allmählich alle Entscheidungen in seinem Hand konzentriert hat, und die Kanzlei nunmehr als ein expedierendes Büro funktioniert hat, ist der strategische und taktische Gegensatz zwischen dem Herrscher und der josephinischen Intelligenz unüberbrücklichbar geworden. Die Kanzlei hat schon nicht mit Verzögern und mit Argumentation manövriert, sondern hat sie die oft zueinander im Widerspruch stehenden Patente buchstäblich durchgeführt, also eigentlich hat sie sabotiert, und der Herrscher ist verhängnisvoll isoliert geworden.

Der Kampf zwischen dem Herrscher und der Kanzlei um die Verwaltungsreform ab 1784 bis 1787 ist – wahrscheinlich primär aus der Schuld des Herrschers – aus der anfänglichen Zusammenarbeit zum totalen Gegensatz geworden.

Der vierte Themenkreis der Monographie beschäftigt sich mit „Territorialregelungen“, (also mit der Zusammenziehung der kleineren Komitate, mit der Unterordnung der *civitates liberae regiae* unter den Komitaten, bzw. mit der – übrigens nie verwirklichten – Regelung der zerstreuten Gemeinden); bzw. mit der „totalen“ Trennung der Verwaltung von der Gerichtsbarkeit. Angesichts der „Territorialregelung“ ist – welche als Grundmotiv auch die Verminderung der Objekte der Leitung gehabt hat – die letzte Konklusion, dass die vom Herrscher für den Verwaltungsapparat gestellten Anforderungen (nämlich einfach, schnell, billig zu sein) wegen der übergetriebenen Sparsamkeit (genauer gesagt: wegen der Knickerei) nicht zur Steigerung, sondern eben zur Verminderung der Wirksamkeit der Verwaltung geführt haben. Angesichts der Trennung der Gerichtsbarkeit beweist Lajos Hajdu einerseits dass diese Trennung in der Praxis überhaupt nicht als eine „totale“ Trennung bezeichnet werden kann, andererseits analysiert er die Nachteile, welche die Verwaltung aus dieser Tren-

nung zu erlitten hat. Daraus ist die wichtigste die Durchströmung der fachkundigen Beamten aus der Verwlatung in die Gerichtsbarkeit.

Der fünfte Themenkreis der Monographie untersucht die Ausbildung und das Funktionieren des Kreissystems. Dieses System ist am 1. Juni 1785 eingeführt worden. Die Auswahl der Obergespäne der Kreise ist ein Kompromiss zwischen dem Herrscher und der Kanzlei gewesen. Die Obergespäne der Kreise haben ihr Amt ohne besondere Widerstand, aber auch ohne besondere Ausrüstung besessen haben; sodass ihre erste Aufgabe ist es gewesen, den ihnen obliegenden Kreis zu erkennen. Einige Obergespäne versuchten diese Aufgabe solcherweise zu lösen, dass sie für die zum Kreis gehörenden Komitate einige zu schriftlich beantwortende Fragen gestellt haben. Unter den Fragen sind auch wirklich wichtige und auch ganz unwichtige gewesen; letzten Endes haben sie für den Apparat eine unerfüllbare Aufgabe bedeutet.

Die zweite Aufgabe der Obergespäne ist die Regelung der Organisation und der Funktion der ihnen untergeordneten Komitate gewesen. Dazu haben die schon oben erwähnten „Instruktionen“ für Untergespäne gedient. Aber die Obergespäne haben — während sie ziemlich entschlossene Pläne über die Organisation und die Funktion der Komitate gehabt haben — über die zu verwirklichenden Aufgaben nur sehr „grosszügige“ Konzeptionen gehabt.

Die dritte Aufgabe der Obergespäne ist die Disziplinierung des Apparats gewesen, und sie hatten Berichte darüber zu unterbreiten. Das wichtigste Instrument der Disziplinierung ist zunächst als „*visitatio generalis*“, danach als „*Bereisung*“ bezeichnet worden. Das ist nur virtuell ein Problem der Terminologie, in der Praxis zeigt es einen wichtigen Unterschied. Die „*Bereisung*“ hat die Obergespäne zum „*Berennen*“, also nur zur formellen Kontrolle bewegt. Ihre Zeit und Energie hat sehr oft die Untersuchung der Beschwerden und der Anzeigen erschöpft. Letztlich hat ihre Arbeit die schon oben erwähnte Doppelsichtigkeit ihres Rechtsstandes erschwert. Sie sind nämlich Leiter eines Kreises unter Verantwortung gewesen; aber die direkte Fühlung zwischen den Komitaten und dem *Consilium Locumtenentiale* geblieben ist. Zusammengefasst kann man sagen, dass die Obergespäne der Kreise sozusagen ein „*Fremdkörper*“ in der Organisation der Verwaltung in Ungarn geblieben sind.

Neben den objektiven Schwierigkeiten der Obergespäne ist es bemerkenswert, wie sich der Antlitz des josephinischen Beamtenkörpers ausschaute. Die Zahl der Beamten des Apparats hat sich in grossem Masse vermindert; dessen Bestand hat sich fast ganz ausgetauscht; dessen Gehalt hat sich ein bisschen gestiegen; dessen Last hat sich aber in grossem Masse gestiegen; der Stil der Verwaltungsarbeit hat sich grundsätzlich geändert; und — weil alle Ämter durch Ernennung bestellt worden sind — ist die Existenz der Beamten primär vom Wohlwollen ihrer Vorgesetzten abhängig geworden. Darum haben sich die neuen Beamten vor allem um das Wohlwollen der Vorgesetzten bestrebt; und — weil sie sind sehr oft daran gezwungen, unpopuläre Aufgaben zu erfüllen — ist ihre Prestige sehr niedrig gewesen. Sie haben sehr oft Cliques gebildet, ihre Haupttätigkeit hat

sich sehr oft darin geschöpft, Intrigen und Anzeigen zu fertigen; und als Privatleute haben sie sehr oft den moralischen Prinzipien, welche durch die Regierung gekündigt gewesen worden sind, nicht gefolgt.

Dies sind die objektiven Mangelhaftigkeiten, welche die neue Verwaltung gekennzeichnet haben, und welche aus administrativ — technischer Hinsicht ihren Sturz verursacht haben. Als dieser Apparat gezwungen worden ist, ernste politische Aufgaben zu lösen (nämlich das Feldmessen, der türkische Krieg), und noch dazu hat dabei auch der Herrscher taktische Fehler begangen, ist die bisher zerteilte Opposition einig geworden; und so ist dijenige politische Konstellation entstanden, welche den Sturz des josephinischen Regierungssystems verursacht hat.

Kurz geschildert könnte man so die Thematik des Werkes von Lajos Hajdu zusammenfassen. Ein Positivum der Monographie ist, dass der Verfasser nicht vereinfacht, sondern der historischen Wirklichkeit entsprechend, nuanciert die josephinische Verwaltungspolitik und Reformtätigkeit geschildert hat. Eine grosse Vorteil ist, dass der Verfasser seine Darstellung und Bewertung aufgrund origineller primärer archivalischer Quellen gefertigt hat. Und auch einen Vorteil bildet es, dass der Verfasser die josephinische Reformtätigkeit in ihrem Verlauf dargestellt hat, namentlich hat er zunächst die Entstehung der Reformen, also die verschiedenen Reformkonzeptionen, danach aber auch es geschildert, wie in der Praxis die Reformen verwirklicht (oder eben nicht verwirklicht) worden sind.

Die grundsätzliche Lehre der Monographie ist es, dass in der Politik die richtige Analyse der Situation und die Feststellung der daraus folgenden Zielsetzungen ungenügend sind, wenn man die Realitäten bei der Verwirklichung ausser Acht lässt. Josef II. hat diesen Fehler begangen. Gleichzeitig möchten wir darauf hinweisen, dass die josephinische Intelligenz in der wissenschaftlichen öffentlichen Meinung seine richtige Bewertung noch nicht erhalten hat. Auch aus dieser Hinsicht ist die Monographie von Lajos Hajdu ein bahnbrechendes Werk.

József IJJAS